

[dt:hub:let:rsb01]

Berlin, den 25.9.93

Lieber Rainer,

herzlichen Dank für Deine kritische Durchsicht des Arendt-Textes. Die Gründlichkeit Deiner Lektüre beschämt mich jedesmal, wie zuletzt schon bei meinem Wahlrechtspaper aus Prag.

Was meinen Kommentar zu Deinen Überlegungen betrifft, so erwarte bitte nicht zuviel; Du bist so sehr im Thema eingearbeitet, daß Du sicher alle möglichen Einwände kennst; zudem absorbiert die IPSA-Arbeit fast sämtliche meiner geistigen Kräfte.

Wenn ich recht sehe, lassen sich Deine Überlegungen folgendermaßen rekonstruieren, wobei der Ausgangspunkt:

1. bewußt diagnostisch gewählt ist und das Thema Staatsversagen in unterschiedlichen Dimensionen und Varianten thematisiert (1993c:22; 1991b:179-190; 1993b:1-3; 1992a:1-3). Diese Diagnose hat drei Konsequenzen:

1.1. zunächst eine hämische, denn normativ ist die realistische Demokratietheorie damit desavouiert (1993a:3).

1.2. Es ist indes nicht notwendig, deshalb in Anschluß an Luhmann die Vorstellung der politisch vermittelten Selbsteinwirkung der Gesellschaft auf sich selbst aufzugeben (1990a:324; 1993a:2f). Diese optimistische Schlußfolgerung ergibt sich, wenn ich Dich recht verstehe, nicht zuletzt dann, wenn man die aktuelle staatstheoretische Literatur sichtet und wenn man mit etwas Phantasie begabt nach anderen Kandidaten erfolgreicher Kompensation bisheriger Staatsleistungen Ausschau hält.

1.3. Stattdessen soll, so in Anschluß an Offe, aus der staatstheoretischen Not eine demokratietheoretische Tugend gemacht werden.

Soll diese Option nicht auf naive Weise genau wieder nur die Probleme reproduzieren, die bereits in der Staatsdiskussion zu

mehr Bescheidenheit gemahnen, so ist notwendig:

2. eine Vorstellung von Demokratie, die Teile der staatstheoretisch aufgerissenen Lücken füllen können soll. Die Entwicklung einer solchen Konzeption erfolgt in Deinem Werk zunächst eher implizit, nämlich in der Auseinandersetzung mit aktuellen Theorieangeboten. Am Ende aber soll ein konsistentes Anforderungsprofil zur Auszeichnung eines angemessenen Demokratiebegriffs der Moderne stehen. Deine Kritik richtet sich unter anderem gegen nachfolgende Auslegungen des Demokratiebegriffs (wobei die Kritik zuweilen intern verläuft, zuweilen anhand externer Kriterien erfolgt)

2.1. Arendt/Barber (1989a; 1993a:9), auch Rödel, Postmoderne; Politics of Difference (1989a:26f; 1993b:6) sowie Greven (1993a:10-12)

werden jeweils als auf einem kognitiv zu unterbestimmten Handlungsmodell basierend kritisiert und zuweilen zudem - die klassische Habermas-Strategie - als letztlich doch an (nur nicht hinreichend explizierten) Rationalitätsstandards hängend vorgeführt.

2.2. Rational-Choice Modelle oder Interessen-Liberalismus wird als kognitiv (i.S. moralisch-praktisch) leer kritisiert.

2.3. Kommunitarismus und Republikanismus. Hier besteht Deine Interpretationsstrategie darin, aufzuzeigen, daß der rationale Kern der Debatten im Aufzeigen notwendiger sozio-moralischer Ressourcen sowie der Thematisierung ihrer institutionellen Vermittlung bestehe (1992:b; 1993c:16-22). Autoren, die keine 'enabling structures' vorweisen können, werden kritisiert als (a) ausschließlich kulturalistisch Auslegende des Problems (zuletzt 1993d), unabhängig davon geht der generelle Angriff gegen (b) den moralischen Partikularismus.

2.4. Civil-Society Debatte. Sie wird ähnlich gelesen wie 2.1. und 2.3. Zusätzlich enthält Deine Lektüre den Hinweis auf die Existenz eines eigenen Sektors, dem sog. Dritten Sektor, in dem institutionelle Arrangements, die zur Lösung der unter 1 angeführten Probleme dienen mögen, angesiedelt werden können (1989a:23f, 1991b:198-207).

2.5. Habermas. Kognitiv zu anspruchsvoll, da er zwar die moralisch-praktischen Aspekte in den Blick nimmt, die Akteure damit aber überfordert (1991a:12); wo er dies nicht tut und die motivationale Basis thematisiert, nimmt seine Politische Theorie eine auf Recht als Institution fixierte Wendung (1990b:393f). Deine Beurteilung von Expertise bei Habermas mir unklar (1991b:205); Öffentlichkeitskritik sehr gut (1991a:9-13, auch 1993a:25).

2.6. Joas: kognitiv unterbelichtet, wenn auch von Dir positiver zitiert (1991a:16).

2.7. Offe/Preuss. Differenzen sehr gering (am deutlichsten kritisch noch 1991a:13-15).

Nach diesem ersten beiden Sortierungsvorgängen, deren segmentierte Thematisierungen am besten in Deinem Bremer Vortrag resümiert werden (1993b:2-7) folgt als zweiter Doppelschritt die institutionentheoretische Wendung:

3. Es beginnt damit, daß Du einen Handlungstyp verteidigst, der

3.1. alle drei Habermas'schen Rationalitätsdimensionen (technische Problemlösung und Effizienz; moralisch-praktische

Verantwortbarkeit; expressive Dimension) beinhaltet (und damit also befähigt sein soll, Fragen der demokratischen Legitimation ebenso zu beantworten wie Fragen der Qualität von Politik), und dabei

3.2. diese Ansprüche institutionell abzusichern weiß (1993a:19), was schließlich

3.3. die Forderung nach sich zieht, bestehende Institutionen entsprechend zu evaluieren und gegebenenfalls Innovationen einzuklagen. Die Fähigkeit von Institutionen "to do matter" ergibt sich dabei z.T. aus Deiner Kritik unter 2. sowie Deinen weiteren institutionentheoretischen Überlegungen (wobei sich als Rückwirkungseffekt eine entsprechend rationalistische Auslegung des Institutionenbegriffs ergibt, 1989a:339; 1990a:315-322; 1993c).

Kern der institutionellen Strategie ist:

4. das Konzept mit dem Programmtitel 'Reflexive Demokratie', - dessen Programmformulierungen in 1993a:23-28 einfach nur brilliant zu nennen sind - welches in Anschluß an Offe jweweils spezifische Antworten auf folgende Fragen (1993a:6f) geben soll:

4.1. Wer der Beteiligten

4.2. Wie des Problemlösens und Entscheidungsverfahrens

4.3. Was der legitimen Reichweite politischer Entscheidungen.

Umsetzen willst Du dies in Form "tiefgestaffelter, mehrstufig bezogener Prozesse der Willensbildung" (1993b:7). Was die drei W-Fragen betrifft, so hast Du in Deinen Auseinandersetzungen unter 2 bereits gewisse Standards gesetzt: ad 4.1. gegen Selbstüberforderung der Partizipation (also gegen Demokratisierung im Sinne bloßer Erhöhung von Partizipation aktuell Betroffener); ad 4.2. pro bestimmter kognitiver Rationalitätsansprüche; ad 4.3. indem Du an dem Konzept der bewußten Selbsteinwirkung der Gesellschaft auf sich selbst festhältst, und so auf einen vergleichsweise anspruchsvollen Zuständigkeitsbereich insistierst.

Konkret ausbuchstabiert wird das Programm der Reflexiven Demokratie im letzten Schritt, der Dir unversehens ebenfalls zum Doppelschritt gerät:

5. Er enthält einen konkreten reformorientierten Maßnahmenkatalog mit "gravierenden institutionellen Neurungen" (1993c:23), v.a.:

5.1. Parallelinstitutionalisierungen (z.B. unabhängige Expertengremien; dies Tenor in 1991b:206; anders akzentuiert: 1993c:23f; 1993a:10);

5.2. Neue Horizontale Strukturen (1991b:202, 204f; 1993a:29f);

5.3. Interne Demokratisierung bestimmter Institutionen, wobei qualitative wie beteiligungs-Aspekte unterschiedlich gewichtet werden müssen (1993c:23).

Alle diese und andere Vorschläge sind indes, wenn ich Dich recht verstehe, nicht frei von unterschiedlichen "Folgeproblemen" (1993b:11), z.B. "an den Schnittstellen der einzelnen Bereiche und Ebenen der Willensbildung" (1993c:24). Dazu treten, in Abschnitt 3 noch beiseitegeschoben, "demokratische Risiken von Institutionalisierungsprozessen" (1993c:8) auf.

6. Die Antwort auf die reflexive Frage lautet noch mehr Reflexion in Gestalt der Prozeduralisierung der Schnittstellenproblematik. Gemeint sind "Foren und Verfahren der 'konstitutionellen' Dauerreflexion" (1993c:24), beispielsweise ein permanenter Verfassungsrat. Derartige Maßnahmen dürfen freilich nicht übertrieben werden, sondern lediglich als "Ergänzung" (1993c:25) bestehender institutioneller Arrangements verstanden werden.

Lieber Rainer, ich weiß, daß meine Zusammenstellung Deinen weitaus komplexeren Gedanken nicht im entferntesten gerecht wird und bitte um entsprechende Nachsicht. Sie hatte primär die Funktion einer eigenen Vergegenwärtigung, denn ich weiß, daß Deine Arbeit einen anderen und geschickteren Aufbau haben wird. Entschuldige also, wenn ich auf einem derart dürftig ausgerollten Boden dennoch knappe Anmerkungen riskiere.

- Deine Darstellung des bei mir unter 1 rubrizierten Phänomenbereichs und vor allem Deine unter 2 teilweise aufgelisteten kritischen Lektüredurchgänge werden bezüglich ihrer kritischen Potenz unter anderem auch daran gemessen werden, was bei 5 herauskommt. Institutionenkundlich betrachtet, ist dies - und ich trete Dir damit nicht zu nahe, alldieweil wir schon darüber gesprochen haben - ist dies nicht aufregend viel. Wenn Du institutionentheoretisch eingefädelt von 'enabling structures' sprichst, mußt Du, soll es nicht zur Phrase verkommen, konkrete Angaben machen können. Nun sollst und kannst Du das Rad nicht neu erfinden und es würde sicherlich genügen, es bei den vorgestellten Beispielen (Daele, Dahl, Fishkin, Ueberhorst) zu belassen. Wichtiger ist m.E. die Deutung, die Du diesen Alternativen gibst. Es wird möglicherweise eher darauf ankommen, daß Du bereits bestehenden Institutionen eine schärfer konturierte normative Auszeichnung zuweist (also nicht so viele 'gravierenden inst. Neuerungen' a la Beck versprichst), denn daß Du nach weiteren institutionellen Alternativen Ausschau hältst, die zumeist doch wieder nur neue Probleme erzeugen würden. Dies würde teilweise auf ein klassisch liberales Programm hinauslaufen, etwa wenn Du von den "neuen Formen der Repräsentation" handelst oder auf "deliberative opinion-polls" hinweist, wäre aber, wenn Du damit die institutionellen Voraussetzungen gelingender deliberativer Demokratie auszeichnest, bereits sehr viel.

- Von postmodernen und Greven'schen Überlegungen einmal abgesehen, nimmt Deine Kritik anderer demokratiethoretischer Ansätze zumeist den Charakter eines 'nicht-nur-, -sondern-auch' an: "Habermas rückt zurecht die moraisch-praktische Dimension, faillt aber in ..." ; "Effektuiierung im technischen Sinne ist wichtig , vergißt aber ..." ; "kognitive Ansprüche sind zentral, der motivationale Aspekt indes..". Ich bin mit nicht sicher, ob ich deine Absicht recht interpretiere, wenn ich dahinter ein integratives Telos vermute. Falls ja, so müßte im institutionentheoretischen Teil deutlich gemacht werden, daß und wie diese Ansprüche praktisch unter einen Hut zu bringen sind und nicht konkurrierender Pflegemodi bedürftigen und damit auseinanderdriften drohen.

- Auch in Deiner institutionell gerichteten Lesart deliberativer Demokratie kommst Du um das Problem letztlich nicht herum, daß bei den Beteiligten die Motivation, die eigenen Präferenzen überhaupt Argumentationen auszusetzen vorausgesetzt werden muß (siehe: 1993a:19). Dieser spätestens seit Hegel vorgebrachte Standardeinwand muß nun nicht zum anderen Extrem eines a-institutionellen Republikanismus führen. Dennoch wäre eine genau eigene Einordnung in diese seit den Kommunitarismus neu entfachte Debatte hilfreich, um nicht nur die Grenzen, sondern auch die Möglichkeiten institutioneller Arrangements präziser zu benennen.

- Womit zugleich Fragen empirischen Zuschnitts angesprochen wären. Woher wissen wir, ob intendierte enabling structures auch wirklich 'enabälln'? Erhöht Partizipation die moralisch-praktische und technische Kompetenz, oder bedarf sie sozio-moralischer Ressourcen, die eher das Gegenteil davon beinhalten? Wie ist es empirisch um die vor zwanzig Jahren neu entfachte Debatte um die vermeindliche Spannung zwischen Effektivität und Partizipation bestellt? - Es wäre sinnvoll, wenn Du derartigen Fragen, die auf empirische Wirkungszusammenhänge institutioneller Arrangements, politische Psychologie und bis zu Fragen der Didaktik zielen, erfolgreich ausweichen könntest. Eine Alternative zur Vermeidungsstrategie wäre, selektiv einige Arbeiten, die sich mit solchen Fragen befassen, einzuarbeiten (z.B. neuere Arbeiten von Barber).

- Eines der wichtigsten Ergebnisse Deiner institutionellen Reformvorschläge unter 5 ist, daß sofort Folgeprobleme auftauchen. Diese können, und da bist Du konsequent, nur durch weiteres Draufsatteln mit Ebene 6, der "Institutionalisierung von Institutionalisierungspolitik", gelöst werden. - einmal abgesehen von der Frage, was gegen eine zusätzliche Institutionalisierung der Institutionalisierung der Institutionalisierung zu sagen wäre.

Meinen Einwand gegen Die von Dir eingenommene Strategie kennst Du ja bereits und ich möchte ihn nur knapp wiederholen: in dem Augenblick, wo Du eine Engführung der reflexiven institutionellen Bearbeitung durch Arenen quasi-konstitutionellen Charakters beabsichtigst, erhöhst Du gleichzeitig die Prämie aller Beteiligten Akteure und schaffst - zumindest soweit es die moralisch-praktische Seite betrifft - geradezu 'disabling structures'. The more decisive die Debatten über institutionelle Arrangements sind, desto anfälliger werden sie für strategische Optionen. Öffentlichkeit alleine ist als Gegenstrategie dazu nicht ausreichend. Ich bin ja gemeinhin auch relativ immun gegen Hinweise auf empirische Evidenzen: aber ist nicht gerade die von Dir so genau verfolgte Verfassungsdebatte in Deutschland ein Beleg dieser skeptischen These. Es muß m.E. im Gegenteil darum gehen, Debatten um institutionelle Arrangements in iterative Kooperationsspiele einzubetten, d.h. sie gerade nicht als quasi-konstitutionell aufzuwerten, sondern unterhalb dieser prinzipiellen Ebene zu halten (bei voller Beteiligung der Öffentlichkeit in der von Dir vorgesehenen Form). Eine solche Option - das freilich sehe sich als ihr Hauptproblem - bietet wenig (genauer: keine) Gewähr der adäquaten Berücksichtigung von moralischen Ansprüchen, die über keine

Spielmacht verfügen.

- Unklar ist mir weiterhin, wie Du verhindern willst, daß auf der zuletzt genannten Ebene Verfassungsnormen nicht doch zur Verfügungsmasse von Tagespolitik werden. Von einem Institutionalismus, der die Spannung zwischen historischer Kontingenz einerseits und gewisser Unverfügbarkeit und Verbürgtheit gelingend auflösen will, wäre mit einer derartigen faktischen Verflüssigungsstrategie nichts gewonnen, was nicht zuletzt auch aufweichende Rückwirkungen hätte auf Deinen gesamten institutionentheoretischen Teil.

Lieber Rainer,
ich bin mir über den provisorischen Status meiner Lektüeranmerkungen bewußt. Wie Du siehst, konzentrieren sie sich fast sämtlich auf den systematischen Schlußteil Deiner Studien. Dies nicht zuletzt deshalb, weil ich Dir interpretativ das Wasser sowieso nicht zu reichen vermag. Und sollte ich mich auch in Deinem Falle als interpretatorischer Dilletant erwiesen haben, so übe Nachsicht. Mir jedenfalls gab die Lektüre die Gelegenheit, vieles mit Gewinn erneut aufzuarbeiten und mich auf die Fertigstellung Deiner Habilitationsschrift zu freuen.

Herzliche Grüße

Zitation:

- 1989a: Civil Society. In: FJ NSB
- 1989b: Ansätze und Perspektiven.. Buch
- 1990a: Neo-Institutionalismus. In: Jahrbuch..
- 1990b: Rationalität politischer Institutionen. In: Gö/Wa/SB
- 1991a: Öffentlichkeitsaufsatz (altes Homburger MS)
- 1991b: Dritter Sekt-or. In: Greven (Hg)
- 1992a: The Politics of the Public Sphere
- 1992b: Die Konturen eines .. In: PVS
- 1992c: Heins-Kritik in PVS
- 1993a: Radikalisierung und Selbstbeschränkung:Lenk FS
- 1993b: Reflexive Demokratie:Bremen
- 1993c: Perspektiven demokratischer Gestaltung
- 1993d: Honneth-Rezension